

## Demokratie

von Dirk König, Jusos Berlin und  
Marcel Lewandowsky, Jusos NRW

Nach den Katastrophen des 20. Jahrhunderts scheint mit dem Sieg über den Sowjetkommunismus und der Überwindung jener schmerzlichen deutschen Zweistaatlichkeit sowie der Vollendung des Europäischen Einigungsprozesses eine Erfolgsgeschichte des demokratischen Parlamentarismus möglich und greifbar. Aber die vorschnelle Verkündung vom Ende der Geschichte verkennt, dass Demokratie keinem Automatismus folgt. Demokratie ist nicht selbstverständlich.

Das 21. Jahrhundert stellt uns vor neue Herausforderungen: Klimawandel, Wettstreit um Ressourcen und Teilhabe am ökonomischen Wachstum, Armut, Krankheit, ethnische Konflikte und religiöser Fundamentalismus – die Globalisierung verlangt Antworten, sie sind Aufgabe und Herausforderung zugleich.

Extremistische Kräfte versuchen die Probleme einer komplexen Welt durch Schuldzuweisungen zu beantworten. Mit ihrem biederem Anstrich mobilisieren die extremen Rechten nicht mehr nur jene, die ihre Ablehnung demokratischer Werte in Habitus und Phänotyp ungeniert in aller Öffentlichkeit zur Schau stellen. Dieser Mobilisierungskraft ungeachtet birgt insbesondere die NPD zunehmend die Gefahr zum Sammelbecken rechtsextremer Kräfte und Fundament einer gemeinsamen, übergreifenden Organisationseinheit zu werden. Im Kampf gegen diese Strukturen ist ein Verbot der NPD ein Anfang, aber nicht der letzte Schritt.

Doch nicht nur der Rechtsextremismus verlangt nach Antworten der wehrhaften Demokratie. Auch religiöse Fanatiker stellen das gesellschaftliche System ungeachtet politischer Richtungen in Frage. Die säkulare Verfasstheit der Bundesrepublik Deutschlands ist unantastbarer Teil des Grundgesetzes. Allen Bestrebungen an diesem Status etwas ändern zu wollen ist eine klare Absage zu erteilen.

Das Ziel der Sozialdemokratie ist die solidarische Bürgergesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement ist daher für uns ein Schlüssel für unser soziales Miteinander.

Menschen, die sich ehrenamtlich im Verein, in demokratischen Organisationen und Bürgerinitiativen für unser Gemeinwohl engagieren und betätigen sind der Kitt unserer Gesellschaft. Politik kann zwar Rahmenbedingungen für vieles setzen, die Soziale Gesellschaft aber entsteht dort, wo sie von Menschen tagtäglich gelebt wird:

Im Sportverein, der Elterninitiative, im Kleingarten oder im Spielkreis. Politik muss bürokratische Hürden, die bürgerschaftliches Engagement behindern, abbauen, für rechtliche Sicherheit und Standards sorgen und mit Rat zur Seite stehen, wenn er benötigt wird.

Die solidarische Bürgergesellschaft fördert die demokratische Beteiligung der Menschen, die Anerkennung von bürgerschaftlichem Engagement in allen Lebensbereichen und stärkt die Solidarität. Und sie spielt eine besondere Rolle bei der Weiterentwicklung unseres Sozialstaates. Die Antwort kann nur ein Wohlfahrtsmix aus allen gesellschaftlichen Bereichen - dem Staat, der Wirtschaft, den großen Verbänden des dritten Sektors und eben den engagierten Bürgerinnen und Bürgern – sein.

Wir wollen die repräsentative Demokratie durch direkt-demokratische Beteiligungsmöglichkeiten ergänzen, um die soziale Bürgergesellschaft zu stärken und Bürgerinitiativen partizipatorischen Einfluss direkt vor Ort zu gewähren.

Wer in Deutschland wohnt, soll sich unabhängig von seiner Herkunft auch in seiner Kommune einmischen können. Deshalb sollen alle Einwohner ihr kommunales Wahlrecht in Anspruch nehmen dürfen. „Das gilt auch für junge Menschen. Auch sie sollen politische Partizipationsrechte wahrnehmen können. Deshalb ist es vernünftig, das kommunale Wahlrecht auf 16 Jahre festzusetzen – besonders um junge Menschen an politische Entscheidungsverfahren und Teilhabe heranzuführen.